

\* **Freisinnige Stimmen über den Wert der Gemeindeautonomie in Oesterreich.** Da in Wiener freisinnigen Parteiorganen wiederholt einer Beschränkung der Gemeindeautonomie das Wort geredet wurde, ist es vielleicht von Wert, Äußerungen einiger freisinniger Parlamentarier hierüber anzuführen. In der am 14. d. abgehaltenen Beratung freisinniger (nationalverbändlerischer) Städtevertreter sagte über diesen Gegenstand Abg. Professor Dr. N e d l i c h, also unter den Freisinnigen sicherlich eine Glanznummer, u. a. folgendes:

Der Plan einer Befreiung der leitenden Persönlichkeiten von parteimäßigen Einflüssen sei gewiß nicht von vornherein abzuweisen, allein wir müssen bedenken, daß die Autonomie sich in Oesterreich seit Jahrzehnten eingelebt hat und daß in der Selbstverwaltung der Gemeinden vielleicht die bedeutendste freiheitliche Errungenschaft zu erblicken sei. Diese Selbstverwaltung habe sich voll aufbewahrt und beispielsweise während des Krieges hinsichtlich der Verpflegung Bedeutendes zu einer Zeit geleistet, wo die Staatsverwaltung den Approvisionierungsfragen noch nicht näher getreten war. Wenn in einzelnen Fällen Mißbräuche vorgekommen seien, so solle man dort Ausnahmemaßregeln ergreifen, nicht aber diejenigen Städte bestrafen, die in aufopfernder Weise für Staat und Bevölkerung eingetreten sind. Es sei auch zu erwägen, daß ein politischer Beamter weder jene Kenntnis der Ortsverhältnisse haben, noch über jenes Vertrauen der Bevölkerung verfügen werde, die zur Ausfüllung des Bürgermeisteramtes nötig sind. Die Städteautonomie sei auch in nationaler Beziehung unentbehrlich und man brauche nicht weit in die Vergangenheit zurückblicken, um zu ersehen, wie sehr ein freigewählter einem ernannten Bürgermeister vorzuziehen sei. An einer Reform der Gemeindeordnung mitzuarbeiten, welche in vieler Beziehung tatsächlich reformbedürftig sei, werden die Stadtvertreter stets bereit sein. Allein sie werden niemals zugeben, daß aus dem Selbstverwaltungskörper eine bürokratische Behörde werde.

Das klingt denn doch ganz anders als die Todesurteile, die in der Wiener freisinnigen (und sogar in der sozialdemokratischen!) Presse freigebig über die Selbstverwaltung gefällt wurden! Freilich, diese Presse pfeift auf „freiheitliche Errungenschaften“, wenn vor ihnen -- andere Gebrauch machen können, die nicht die Schleppträger dieser Presse sein mögen. In der gleichen Versammlung sagte der Linzer freisinnige Abg. Dr. D i n g h o f e r:

Die Aufrechterhaltung der Gemeindeautonomie ist für jeden freiheitlich Gesinnten von außerordentlicher Bedeutung, nicht bloß in politischer und nationaler, sondern auch in sachlicher Beziehung. Die Gemeindeämter können vermöge ihrer einfacheren Zusammensetzung vielfach weit rascher arbeiten, als die Staatsverwaltung und die Unabhängigkeit der Bürgermeister sei für sachgemäße Entscheidungen oft ein dringendes Erfordernis.

Und der freisinnige Abg. G l ö b n e r erzählte, daß er als Bürgermeister einer nordböhmischen Grenzstadt oft bei Besprechungen mit reichsdeutschen Gemeindevertretern Gelegenheit gehabt habe zu hören, „wie sehr man uns in Preußen um unsere Autonomie beneide“. Selbst Abg. Dr. L i c h t sprach sich für die Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung aus und es wurde beschlossen, diesen Standpunkt der Versammlung der Regierung durch eine Abordnung zur Kenntnis zu bringen. — Wenn also der Freisinn für die Provinzialstädte Selbstverwaltung fordert, so wird die Wiener freisinnige Presse wohl oder übel sich mit der Selbstverwaltung der Reichshaupt- und Zweimillionsstadt Wien abfinden müssen.